

Leendertz, Ariane; Meteling, Wencke (Hrsg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2016. ISBN: 978-3-593-50550-3; 315 S.

Rezensiert von: Marcus Böick, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Die von Ariane Leendertz und Wencke Meteling anvisierte Messlatte liegt hoch: Den beiden Herausgeberinnen geht es programmatisch um kein geringeres Unterfangen, als die 1970er-Jahre als neue sprachgeschichtliche „Sattelzeit“ zwischen geordneter Hoch-Moderne und orientierungsbedürftiger Post-Moderne zu vermessen. Die Untersuchung der „politische[n] und gesellschaftliche[n] Bedeutung zeitgenössischer Wirklichkeitskonzeptionen“ ist als begriffs- bzw. diskursgeschichtliche Erweiterung der Großdebatte über eine Zeitgeschichte „nach dem Boom“ zu verstehen: Haben „konzeptuelle Umbrüche“ und „semantische Neuvermessungen“, so die Leitfrage, gerade diese Zeitphase zu einer „epistemische[n] Wendezeit“ (S. 13) werden lassen? Die „zeitypischen Diagnosen, Begriffe und Deutungsmuster“ im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hätten zu gravierenden Verschiebungen in politisch-sozialen Begriffsfeldern geführt. Leendertz und Meteling streben eine Rekombination von Ideen-, Begriffs- und Diskursgeschichte der 1970er- und 1980er-Jahre an, wobei der Blick vornehmlich auf die (alte) Bundesrepublik gerichtet ist, aber bisweilen auch in die USA schweift. Den semantisch-diskursiven Umdeutungen soll dabei bevorzugt anhand „intellektuelle[r] und politische[r] Reflexionen über gesellschaftliche Schlüsselthemen“ (S. 17) nachgespürt werden; als maßgebliche Akteure rücken zeitgenössische Wissenschaftler und Intellektuelle sowie deren publizistische Aktivitäten in den Fokus. Einleitend werden zwei Erscheinungsformen der Sprach- bzw. Wirklichkeitsumbrüche herausgestellt: Während „Bezeichnungsrevolutionen“ einerseits die Veränderung von bereits etablierten politisch-sozialen Basisbegriffen adressieren, ergeben sich andererseits durch neu auftretende oder unlängst „importierte“ Begriffe umfassende „Bezeichnungsinno-

vationen“ (S. 22f.).

Auf den Spuren Reinhart Kosellecks gilt es also, der „gesellschaftliche[n] und politische[n] Macht der Sprache“ (S. 18) in der Zeitgeschichtsforschung wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, um so die Hypothese einer bundesdeutschen Variation des vieldiskutierten „Age of Fracture“ überprüfen zu können.¹ Alexander Friedrich eröffnet dies mit einem Beitrag zur „Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels“: Der „Netzwerk“-Begriff sei in den 1970er-Jahren als Terminus im Umfeld der linksalternativen Bewegungen aufgetaucht und zunächst im Sinne dezentraler „Selbstorganisation“ zur Lösung ökologischer Krisenszenarien „von unten“ verwendet worden. Im folgenden Jahrzehnt hätten sich Wissenschaft und Politik des „Netzwerk“-Begriffs bemächtigt, der für Chancen und Risiken einer global „vernetzten“ Welt sensibilisieren sollte – der „Kapitalismus“ habe begonnen, sich „netzwerkförmig zu rekonfigurieren“ (S. 46). Schließlich habe das „Netzwerk“ in den 1990er-Jahren seine nächste Umformung erfahren – im Gewand der „Governance“ galt es nun als intermediäres, (zivil)gesellschaftliches Drittes zwischen staatlicher Regulierung und marktformigem Wettbewerb. Auf inhaltliche Ambivalenzen und ideologische Wandelbarkeiten hebt auch der Beitrag von David Kuchenbuch ab, der die visuelle Emergenz von „Selbst-Welt-Verhältnissen“ im (Weltkarten-) Bild im Laufe der 1970er-Jahre beschreibt. Die von ihm analysierten Medialisierungen des „blauen Planeten“ konnten sowohl technokratischen „Globalsteuerungsfantasien“ Vorschub leisten als auch radikale Wachstums- und Gesellschaftskritiker visuell aufmunitionieren. In jedem Falle hätten derartige Darstellungsweisen individuelles Alltagshandeln sowie dessen globale Folgen in ein neuartiges Wechselverhältnis gesetzt: „Die Verantwortung für die ganze Welt“ sei hierbei, so Kuchenbuch, „auf die Schultern des Einzelnen gelegt“ worden (S. 86).

„Komplexität“ ist der Schlüsselbegriff, den Ariane Leendertz in den Mittelpunkt ihres Beitrags rückt. Am Beispiel der Stadtplanung in den USA seit den 1960er-Jahren zeich-

¹ Vgl. Daniel T. Rodgers, *Age of Fracture*, Cambridge 2011.

net sie sozialwissenschaftliche Debatten nach. In diesen wurde die immer häufiger konstatierte sozialräumliche „Komplexität“ zunächst als wissenschaftliche Herausforderung beschrieben, die durch den Einsatz von Computern entziffer- und damit politisch planbar erschien. Zum Ende der 1960er-Jahre kippte dieser technokratische Optimismus: „Komplexität“ erschien, mit Blick auf gesteigerte gesellschaftliche Konfliktlagen um „1968“, als Bedrohung, ja Überforderung, die es nun systematisch zu „reduzieren“ galt. Aus Leendertz' Sicht bereitete das akademische Reden und Schreiben über wachsende „Komplexitäten“ im Laufe der 1970er-Jahre neoliberalen Gegenentwürfen den Weg, die marktförmige Problembearbeitungen bzw. „Selbstregulierung“ propagierten. Eine analoge Entwicklungsdynamik zeigt sich im Text von Friedrich Kießling, der zeitdiagnostische Texte der Zeitschrift „Merkur“ analysiert. In dieser „Fundgrube für die Ideengeschichte“ (S. 135) der Bonner Republik manifestiere sich eine semantische Phasenverschiebung: Hätten in den 1950er-Jahren noch anthropologisch-kulturkritische, in die Vergangenheit gerichtete Deutungen überwogen, sei mit der Wende in die 1960er-Jahre ein sozialkritischer, gegenwartsorientierter Tonfall angeschlagen worden. In den 1970er-Jahren hätten die im „Merkur“ schreibenden Intellektuellen vermehrt umfassende Krisendiagnosen gestellt, ohne jedoch Lösungen anbieten zu können: Ökologische Probleme, technologisch-nukleare Bedrohungsszenarien sowie eine abgrundtiefe Planungsskepsis hätten die Oberhand gewonnen. Diese Zeitphase erscheint Kießling als chaotische Übergangsepoche eines „Nichtmehr“ bzw. „Noch-nicht“, die der intellektuellen Hinwendung zu postmoderner Individualität und neoliberaler Subjektivität in den 1980er-Jahren Vorschub geleistet habe.

Steffen Henne wählt ebenfalls die intellektuelle Debatte als Leuchtspur, um den Wandel der temporalen Ordnungsvorstellungen seit den 1970er-Jahren zu erkunden. Seine Befunde decken sich mit Kießlings Beobachtungen. Die Ende der 1970er-Jahre im Schatten von NATO-Doppelbeschluss und Afghanistan-Invasion aufbrechenden „Endzeitvorstellungen“ hätten die Deutung einer ökologisch-nuklearen „Weltkrise“ katalysiert,

die in eine „Zeitkrise“ umgeschlagen sei, wie er anhand dreier Schlüsselbegriffe der Moderne nachzeichnet: Der „Mensch“ sei als rationales Subjekt abgelöst und mit neuartigen Risiken konfrontiert worden; das Vertrauen in den „Fortschritt“ sei in grassierende Ängste vor einer menschlichen Selbst-Zerstörung umgeschlagen; und schließlich habe auch die „Zukunft“ als zivilisatorisch gestaltbarer, ja utopischer Möglichkeitsraum abgedankt und sei unter dem Druck globaler Problemlagen zu einem „tragischen Futur (II)“ (S. 179) degeneriert. Der anschließende Beitrag von Dietmar J. Wetzel liest sich demgegenüber eher wie ein politisch-soziologisches Manifest einer engagierten Wachstumskritik, die dieser doch eigentlich analysieren will: Bekanntlich in den 1970er-Jahren in der Debatte über die „Grenzen des Wachstums“ aufgekommen, habe der neoliberale Diskurs in den 1980er-Jahren die wachstumskritischen Impulse in Form des Redens über die „Nachhaltigkeit“ regelrecht aufgesogen. Erst im Gefolge der Finanzkrisen seit 2008 hätten Wachstumskritiker neuen diskursiven Aufwind gespürt und ihre Forderungen radikalisiert, mit denen Wetzel merklich sympathisiert.

Mit dem „Standort“ thematisiert Wencke Meteling eine „Begriffsinnovation“ im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Medien. Zuvor ein bloß räumlich-technischer Begriff, sei das Konzept im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahre zu einer zentralen ökonomischen Selbstbeschreibungskategorie avanciert. Dieser semantische Aufstieg sei eng mit der angebotsökonomischen „Wende“ vom Keynesianismus zum Monetarismus verknüpft gewesen: Die Krisen der 1970er-Jahre hätten die Bewältigung von „Strukturwandel“ und „Massenarbeitslosigkeit“ zu zentralen Handlungsfeldern werden lassen. Gegen linksalternative Wachstumskritiker gerichtet, hätten liberale Ökonomen und Politiker mithilfe der „Standort“-Semantik die Welt zur Arena eines unbeschränkten Wettbewerbs umformatiert, in der nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch Staaten bzw. Volkswirtschaften miteinander in scharfer Konkurrenz um Investitionen stünden. Unter dem Eindruck von „Globalisierung“ und postsozialistischen Transformationskrisen sei eben diese „Standort“-Debatte in den 1990er-

Jahren zum dominierenden wirtschaftspolitischen Bezugspunkt avanciert, wobei das beständige Rufen einer Schar von „Standort-Kassandras“ neo- bzw. marktliberalen Reformprogrammen den Weg bereiten sollte. Stephan Lessenichs Überlegungen fügen sich in ein ähnliches Muster, wobei es ihm aber um den Abschied eines Begriffs geht: Der „Ruhestand“, der spätestens mit den alterspolitischen Paradigmenwechseln in Gestalt der Rentenreformen der 1950er-Jahre zu einem arbeitsfreien Lebensabschnitt eigenen Rechts geworden sei, habe wenige Jahrzehnte später unter dem Eindruck von Wirtschaftskrisen und demografischem Wandel seine Strahlkraft eingebüßt. Seit den 1980er-Jahren seien demgegenüber die „jungen Alten“ bzw. der aktive „Unruhestand“ auf die Agenda gerückt; ein tätigkeitsfreier „Lebensabend“ sei wieder als gesellschaftliche Belastung erschienen. Den „kurzen Sommer der alterssozialpolitischen Anarchie“ (S. 264) der 1960er- und 1970er-Jahre hätten neuerliche Rentenreformen beendet (Riester-Rente, Rente mit 67).

Ulrich Bröckling skizziert in seinem knappen Beitrag ebenfalls einen semantischen Umschlag in den 1970er-Jahren: Die „Planungsdämmerung“ habe staatliches Handeln zugunsten marktförmiger Verfahren delegitimiert. Das Konzept der „Selbstorganisation“ habe hierfür eine dezentrale Aktivierung marktförmiger „Subjekte“ befeuert. Gleichermaßen habe der Gedanke der „Prävention“ die individuellen Reaktionsmuster auf ökologische wie nukleare Bedrohungslagen zunehmend versicherheitlicht. Bröckling skizziert eine doppelte diskursive Neoliberalisierung der Subjekte durch Vermarktlichung sowie Versicherheitlichung. Die letztere Dimension nimmt Martin H. Geyer in den Blick: „Sicherheit“ habe sich im Laufe der 1970er-Jahre zum zentralen Leitbegriff staatlichen Handelns entwickelt; doch gerade in die krisenbedingt aufreißenden Lücken in den sicherheits- und sozialpolitischen Netzen sei nun zunehmend der komplementäre Gedanke der „Prävention“ vorgedrungen: Staatliche Sicherheitsversprechen und von linksalternativen bzw. sozialwissenschaftlichen Akteuren getragene Risiko- und Präventionsdiskurse seien so im Laufe der 1980er-Jahre in eine komplexe Wechselwirkung eingetreten.

Haben die Herausgeberinnen die anvisierte Hürde genommen? Zweifellos wird dieser ambitionierte Sammelband mit seinen teils hochkarätigen Beiträgen der gegenwärtig leer- bzw. selbstlaufenden Debatte um eine Zeitgeschichtsschreibung „nach dem Boom“ neue Impulse verleihen. Insbesondere drei Punkte könnten künftig weitergedacht werden: Methodisch stellt sich die aktuelle Gretchenfrage der jüngsten Zeitgeschichtsforschung, wie man es eigentlich mit den zeitgenössischen Sozialwissenschaften, ihren Gegenwartsdeutungen und ihren Daten hält. Der von den Autorinnen und Autoren praktizierte Umgang mit zeitgenössischen Krisenbeschreibungen schwankt indes zwischen linearer Fortschreibung und differenzierter Historisierung. Eng hiermit verknüpft ist, zweitens, die Frage nach dem erzählerischen Fluchtpunkt für die Umbruchszeit der 1970er- und 1980er-Jahre: Das aus den Sozialwissenschaften übernommene Narrativ eines fast perfiden „Umschlags“ von ursprünglich linken Alternativentwürfen in neoliberale (Selbst-)Regulierungskonzepte zieht sich durch die Beiträge, wobei gerade der kritisch bäugte „Neoliberalismus“ als vermeintlich „neue Wirklichkeit“ überwiegend als Black Box erscheint; irgendetwas mit Märkten eben. Drittens sollte man die konstatierte „epistemische Wendezeit“ (S. 30) auch auf einer übergeordneten, methodischen Ebene diskutieren: Hier dürfte insbesondere über das Wechselverhältnis zwischen wissenschaftlichen bzw. politischen Ideen, Sprachen, Semantiken und Diskursen einerseits sowie den „(neuen) Wirklichkeiten“ und gesellschaftlichen Realitäten andererseits zu debattieren sein – etwa, indem man den Blick auch auf andere Sprach- bzw. Praxisfelder jenseits der akademischen bzw. intellektuellen Aneignungen richtet.

HistLit 2016-3-014 / Marcus Böick über Leendertz, Ariane; Meteling, Wencke (Hrsg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt am Main 2016, in: H-Soz-Kult 06.07.2016.